

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis für das 3. Quartal 1500 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 300 Mark, Reklame 1000 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der Kampf um den wertbeständigen Lohn im Baugewerbe

Schon in Nr. 26 der „Baugewerkschaft“ wiesen wir die Kollegen darauf hin, sich von den Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft über die allgemeine Durchführung wertbeständiger Löhne nicht zuviel zu versprechen. Die tatsächliche Entwicklung hat uns Recht gegeben. Die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft sind gescheitert, und es besteht nur noch sehr geringe Aussicht auf den Abschluß eines Abkommens, das den Arbeitnehmern aller Berufe ganz allgemein eine gewisse Wertbeständigkeit ihres Arbeitseinkommens sichert. Jedoch ist es den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden gelungen, die Reichsregierung zur Schaffung der wichtigsten Unterlagen zur Ermittlung der wertbeständigen Löhne, nämlich zur Herausgabe einer wöchentlich festgestellten Messziffer der jeweils eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung zu veranlassen. Diese Messziffer wird, wie bereits mitgeteilt, am Montag jeder Woche in einer Reihe größerer Städte in allen Teilen des Reiches ermittelt, von dort sofort auf dem Gilbege nach Berlin gemeldet, wo auf Grund dieser Einzelergebnisse der Reichsdurchschnitt der Verteuerung festgestellt wird, der dann Mittwochs allgemein — durch die Presse und durch öffentlichen Anschlag, ähnlich wie bei den Wetterberichten — bekanntgegeben wird. Damit ist dann jeder in den Stand gesetzt, sich über den Grad der jeweiligen Verteuerung genau zu informieren. Gleichzeitig ist damit aber auch den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, nunmehr innerhalb der einzelnen Berufe und Gewerbe mit den Arbeitgebern zu dem Zwecke in Verhandlungen zu treten, mit Hilfe dieser Reichsindexziffer eine Anpassung der Löhne an die Verteuerung vorzunehmen. Von dieser Möglichkeit ist auch sogleich an verschiedenen Stellen Gebrauch gemacht worden. So wurde der Friede in der Berliner Metallindustrie nicht zum wenigsten durch ein Zugeständnis der Unternehmer in dieser Frage wieder hergestellt, und ähnliche Abmachungen wurden im Berliner Einzelhandel und an weiteren Stellen getroffen. In den nächsten Tagen finden zentrale Verhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Bergbau statt.

Bereits unter dem 21. Juni hatten die baugewerblichen Arbeitnehmerverbände an die Arbeitgeber des Baugewerbes das dringende Ersuchen gerichtet, unverzüglich in eine Aussprache über notwendige Änderungen in der Lohnpolitik einzutreten. (Text des Schreibens siehe „Baugewerkschaft“ Nr. 26.) Auf Grund dieser Aufforderung kam es dann zu

Zentralen Verhandlungen am 11. Juli in Leipzig

an denen die drei Spitzenverbände der Bauarbeitgeber und auf der anderen Seite neben unserem Verbande der Baugewerksbund, der Zimmererverband und der Verband der Maschinenisten beteiligt waren.

Den Vorsitz führte der Zentralvorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Herr Behrens-Hannover, der in seinen einleitenden Worten betonte, daß die Arbeitgeber mit dieser Aussprache dem von Arbeitnehmerseite ausgesprochenem Wunsche zu Verhandlungen nachzukommen bereit seien. Zur Begründung der Forderungen der Arbeitnehmer nahm sodann Kollege P a p l o w - Hamburg das Wort, der etwa folgendes ausführte: Mit der bisherigen von den Unternehmern befolgten Lohnpolitik ginge es keineswegs weiter. Bei der rasenden Entwertung unseres Geldes hätten die bisherigen Lohnverhandlungen ganz allgemein viel zu magere Ergebnisse gezeigt. Die Kaufkraft des Lohnes wäre immer weiter herabgedrückt und die Existenz zahlreicher Bauarbeiterfamilien dadurch auf das härteste gefährdet worden. Damit rüde die Gefahr großer Lohnbewegungen in bedrohliche Nähe, wodurch angesichts der politischen Lage unseres Vaterlandes die bedenklichsten Situationen heraufbeschworen werden könnten. Seider hätten die bisher geführten Ver-

handlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft über eine automatische Anpassung der Löhne an die Verteuerung bislang noch zu keinem Ergebnis geführt. Wohl aber wurde eine Grundlage dazu geschaffen durch die regelmäßige wöchentliche Veröffentlichung der Indexziffer der Lebenshaltungsteuerung. — Unsere Forderung ginge nun dahin, mit Hilfe dieser Messziffer unsere Löhne allwöchentlich automatisch entsprechend der fortgeschrittenen Verteuerung zu erhöhen; da diese Indexziffer jedoch der zur Zeit der Lohnzahlung geltenden Verteuerung noch nicht Rechnung tragen kann, den Lohn außerdem jeweils um zehn Prozent des letzten Lohnes zu erhöhen. Zur reibungslosen Durchführung einer derartigen Abmachung würde von den Arbeitnehmern folgende zentrale Vereinbarung vorgeschlagen:

„Bei Lohnverhandlungen nach § 5 Ziffer 1 bzw. 4 des Reichstarifvertrages ist festzustellen, bei welchem Lebenshaltungsindex der vereinbarte Lohn Geltung hat. Bis zur nächsten Lohnvereinbarung erhöht sich der Lohn des Arbeiters in jeder Lohnwoche im selben Verhältnis wie die Lebenshaltungsindexziffer steigt. Der jeweilige Aufschlag ist in Hinblick auf den zurückliegenden Feststellungstag der Lebenshaltungskosten und auf die in der laufenden Woche fortschreitende Verteuerung mindestens um 10% des letzten Lohnes zu erhöhen. Ist am Lohnzahlungstage eine entsprechende Indexziffer der gleichen Woche noch nicht veröffentlicht oder nicht bekannt, so ist vorläufig der Lohn der Vorwoche zu zahlen, jedoch sofort nach Bekanntwerden der letzten Indexziffer eine Abschlagszahlung in Höhe der zu erwartenden Nachzahlung zu leisten.“

Daneben aber richteten die Arbeitnehmer das dringende Ersuchen an die Arbeitgeber, ihre Unterverbände anzuweisen, eine sofortige wesentliche Erhöhung der augenblicklichen Löhne vorzunehmen, dabei aber insbesondere den Wünschen derjenigen Bezirke Rechnung zu tragen, die in ihrer Lohngestaltung in letzter Zeit ganz besonders zurückgeblieben seien. Nur auf diesem Wege sei es möglich, den außerordentlich gesunkenen Realwert und die verminderte Kaufkraft der Löhne entsprechend zu erhöhen. Auf den so erhöhten Lohn kämen dann entsprechend unserem Vorschlage allwöchentlich die Zuschläge auf Grund der inzwischen eingetretenen Verteuerung, wobei dann noch die Frage zu prüfen sei, ob auf den am Wochenende fälligen Lohn nicht bereits am Anfang der Woche eine Abschlagszahlung in Höhe von 90% des Lohnes der vorhergehenden Woche geleistet werden könnte.

Selbstverständlich müßten wir auch in Zukunft auf den im Tarifvertrage vorgesehenen monatlichen Lohnverhandlungen bestehen, um hierdurch eine weitere Steigerung des Realwertes und der Kaufkraft der Löhne zu erzielen. Um eine weitere Hinausschiebung dieser monatlichen Frist zu verhüten, schlugen wir vor, die im § 5 unseres Reichstarifvertrages vorgesehene Erklärungsfrist der Parteien von 10 auf 3 Tage herabzusetzen.

Nach längerer Beratung der Arbeitgeber ergriff namens dieser das Wort der Zentralvorsitzende des Beton- und Tiefbauarbeitgeber-Verbandes, Kommerzienrat Dr. Wille, der von vornherein zugab, daß hinsichtlich der Lohnpolitik gewisse Änderungen Platz greifen müßten. Jedoch sei man im Arbeitgeberlager nicht imstande, derartig weittragende Entscheidungen, wie sie von uns gefordert würden, ohne Befragung der Organisationsinstanzen zu treffen.

Ganz besondere Schwierigkeiten beständen hinsichtlich der automatischen Erhöhung der Löhne auf Grund des Lebenshaltungsindex. Er hoffe, daß es vielleicht gelänge, eine derartige Vereinbarung ganz

allgemein zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abzuschließen, deshalb sei es wohl überflüssig, uns unsere Köpfe bei dieser komplizierten Frage zu zerbrechen. Dagegen seien die Arbeitgeber bereit, ihren Bezirksverbänden dringend ans Herz zu legen (Zuruf Dr. Grundmann: „Soweit nicht schon geschehen“), bei den Lohnverhandlungen entgegenzukommen zu zeigen und die Löhne entsprechend zu erhöhen. Ebenso wolle man uns auch hinsichtlich der Verkürzung der Erklärungsfrist von 10 auf 3 Tage entgegenkommen. Da eine Aenderung des allgemeinverbindlichen Tarifvertrages mit zu großen Schwierigkeiten verbunden sei, wolle man die Bezirksverbände anweisen, unseren Wünschen nach Verhandlungen keinesfalls unter Hinweis auf die 10tägige Erklärungsfrist auszuweichen. — Kollege Wiedberg erjuchte sodann die Unternehmer dringend, möglichst umgehend eine Stellungnahme ihrer Instanzen zu unseren Vorschlägen herbeizuführen und uns heute bereits einen Termin für die weiteren Verhandlungen bekanntzugeben. Er warnte die Unternehmer dringend, die Verhandlungen über die Anpassung der Löhne an die Verteuerung irgendwie zu verschleppen. Die Not und damit die Verzweiflung in weitesten Kreisen der Bauarbeiterschaft habe einen beispiellosen Grad erreicht. Man müsse an das Verantwortungsgefühl der Unternehmer appellieren, angesichts der furchtbaren Lage unseres Vaterlandes beizeiten ein Eingehen zu haben und vorzubauen, um so das Reißen aller Dämme zu verhüten. — Nach weiteren Verhandlungen über den nächstmöglichen Termin, wurde dieser schließlich auf den 2. August in Braunschweig festgelegt.

Mit diesen Verhandlungen ist der Kampf um die wertbeständigen Löhne im deutschen Baugewerbe in ein akutes Stadium getreten. Wie wir ihn zu führen gedenken, ist aus den in Leipzig aufgestellten Forderungen klar ersichtlich. Zwei Stappen sind zu unterscheiden. Einmal geht es uns um die prinzipielle Anerkennung der automatischen Anpassung der Löhne an die Geldentwertung. Zu diesem Behufe forderten wir ihre regelmäßige wöchentliche Erhöhung entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungsindexziffer. Diese Forderung ist die dringlichste, die es zunächst zu erreichen gilt. Ebenso wichtig aber ist die zweite, die angesichts des geringen Kaufwertes der heutigen Löhne eine vielleicht noch höhere Bedeutung hat. Und das ist die Erringung höherer Grundlöhne. Danach zielen wir mit der dringenden Forderung der sofortigen wesentlichen Erhöhung der augenblicklich geltenden Löhne und des Ausgleichs für besonders zurückgebliebene Lohngebiete.

Für die Zukunft soll die weitere Erhöhung der Grundlöhne den monatlich stattfindenden bezirklichen Lohnverhandlungen vorbehalten bleiben. Durch eine derartige Regelung fielen die zurzeit wöchentlich geführten Lohnverhandlungen mit ihrem Zielchen um den Ausgleich der jeweiligen Verteuerung gänzlich fort. Die Kraft der Gewerkschaften würde von diesem äußerst unerquicklichen und kräftefressenden Ballast befreit und wieder mobil gemacht für die Fülle gewerkschaftlicher Arbeiten auf allen übrigen Gebieten, die in der letzten Zeit unter dem Druck dieser ewigen Lohnverhandlungen bereits arg vernachlässigt werden mußten. Bei den monatlichen Lohnverhandlungen aber wirkt ein positiver Erfolg, denn jede hier erzielte Erhöhung des Lohnes bedeutet eine Steigerung seines Realwertes, seiner Kaufkraft.

Seien wir uns jedoch klar, daß die Erringung dieser Ziele heute durchaus noch nicht gesichert erscheint. Gerade zu der entscheidenden Frage der automatischen Anpassung der Löhne an die Verteuerung haben sich die Unternehmer noch in keiner Weise ge-

äußert. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß man mit Berufung auf die gescheiterten Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft ein gesondertes Vorgehen innerhalb des Baugewerbes ablehnen wird. Einige Neuerungen des Kommerzienrates Wollgeben dieser Vermutung Raum. Die Besichtigung ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß auch die zukünftigen Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft zum Scheitern verurteilt sind, und daß deshalb eine Regelung dieser ganzen Frage nur innerhalb der einzelnen Gewerbe und Industrien einen Erfolg verheißt.

In unserem Arbeitgeberlager aber möge man sich der großen Verantwortung bewußt sein, die aus ihrer Stellungnahme zu unseren Anträgen entspringt. Nicht bloß die notorische Notlage weiter Arbeitnehmerschichten, sondern auch die Rücksichtnahme auf die ganze politische und wirtschaftliche Situation dürfte ihnen ein Entgegenkommen auf unsere Forderungen dringend empfehlen.

Es braucht nicht als Drohung aufgefaßt zu werden, wenn wir heute schon mit aller Klarheit feststellen, daß eine ablehnende Haltung der Unternehmer in dieser wichtigen Frage den Frieden im Baugewerbe auf das äußerste gefährden müßte. Daran kann aber weder uns, noch den Unternehmern, noch der deutschen Wirtschaft irgend etwas gelegen sein.

Für unsere Kollegen aber gilt es, angesichts dieser Lage der Dinge mehr als je auf dem Posten zu sein. Es mag bedauerlich sein, aber trotzdem ist dem ja, alle lohnpolitischen Auseinandersetzungen sind letztlich Machtfragen. Auf unserer Seite die größere Macht, größere Geschlossenheit und Disziplin und vor allem größerer Opfermut auch nach der finanziellen Seite hin ist, da ist in der Regel auch der Sieg. Deshalb ergeht an alle Kollegen die dringende Mahnung, die gewerkschaftlichen Waffen scharf zu erhalten, es gilt, auch den letzten Unorganisierten zur Stärkung der Front heranzuziehen und unermüdet an der finanziellen Rüstung des Verbandes zu schmeißen durch regelmäßige und pünktliche Zahlung des vollen Stundenlohnes als Wochenbeitrag. Wenn so jedermann in unserem Verbands seine Pflicht tut, können wir der Stellungnahme der Unternehmerverbände mit Ruhe und Gelassenheit entgegensehen.

Eine sehr bedeutende Kundgebung zur Frage der werkschließenden Löhne kommt aus dem Reichswirtschaftsrat, dessen wirtschafts- und finanzpolitischer Ausschuss am 12. Juli einstimmig — also auch die Arbeitgeber — folgende Entscheidung fasste:

a) Die Goldrechnung der privaten Wirtschaft erfordert auch den Übergang zu werkschließenden Löhnen und Gehältern. Die Festsetzung der Löhne in Goldrechnung kann aber erst erfolgen, wenn die Goldrechnung für den Waren- und Geldverkehr allgemein und offen durchgeführt ist.

b) Für die Übergangszeit empfehlen die Ausschüsse eine schnelle Anpassung der Löhne an die Veränderung der Lebenshaltungskosten auf der Grundlage von Indizes; zu deren richtiger Ermittlung ist der amtliche Lebenshaltungsindeks zu verbessern und möglichst auszufüllen. Den Vertragsparteien muß es überlassen bleiben, den Reichszentralindex oder den örtlichen bzw. bezirklichen Lebenshaltungsindeks als Grundlage der Verhandlungen zu verwenden. Für die Angehörigen und Beamten der öffentlichen Körperschaften erfolgt die Regelung bzw. Festsetzung der Gehälter auf gewöhnlichem Wege unter Anwendung der Grundsätze. Die Ausschüsse empfehlen unter Berücksichtigung des Vorstehenden zunächst nur kurzfristige Tarifabschlüsse bzw. Gehälterfestsetzungen.

Industrie- oder Berufsverband?

Diese Frage war schon immer der Zankapfel zwischen den Bergarbeiterverbänden bzw. dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter und unserem christlichen Bauarbeiterverbande. Es drehte sich um die Frage, in welchen von den beiden Verbänden gehören die Maurer und Bauhilfsarbeiter, die auf den Bechen Maurerarbeiten ausführen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß unsere auf Bechen beschäftigten Berufskollegen in unsere Organisation gehören. Der Gewerbeverein dagegen vertritt die Ansicht, daß alles, was zum Bechentor hinzugeht, in seinen Reihen organisiert sein muß. Der christliche Metallarbeiterverband hat des öfteren den gleichen Kampf führen müssen. Wie oft schon ist der Gesamtverband dieserhalb von den Berufsverbänden angegangen worden, hier endlich eine Regelung zu treffen, damit der ungeliebte Zwiespalt über, besser gesagt, Grenzstreit beseitigt wird. Aber bislang hat man in der höchsten Instanz noch nichts Durchgreifendes getan und so geht die unruhige Agitation auf den Bechen weiter. Man inspiriert die einzelnen Vertrauensleute nach bekannter Art, und hier und da hat man auch Erfolg, zumal die niedrigeren Beiträge das ihrige dabei tun.

In Nr. 22 des „Bergrappen“ läßt nun die Redaktion des Gewerbevereins eine ganze Seite für die Tagesarbeiter vom Stapel. Uns interessiert in der Hauptsache ein Artikel, den ein langjähriges Mitglied des Gewerbevereins schreibt mit der Überschrift: „In welche Organisation gehören die Tagesarbeiter des Bergbaues?“ Es stellt eine Reihe Behauptungen auf, zu denen wir unbedingt Stellung nehmen müssen.

Eingangs wird gesagt, daß es beschämend sei, daß sich christliche Bruderverbände in den Haaren lägen. Wir sind derselben Auffassung. Innerhalb der christlichen Gewerkschaften sollten wir uns wahrlich in diesen Dingen einig sein. An uns hat es auch noch nie gelegen, wenn heute leider diese Einigkeit noch fehlt. Wir beanspruchen, wie schon oben bemerkt, für uns nur die auf den Bechen beschäftigten Bauarbeiter. Nicht mehr und nicht weniger. Weil wir der Ansicht sind, die wohl jeder objektiv denkende einnimmt, daß ein Schneider in seinen Schneiderverband und ein Konditor in seinen Berufsverband gehört, deshalb ist es für uns selbstverständlich, daß auch unsere Berufscollegen auf den Bechen in dem Bauarbeiterverband Mitglied sein müssen, und nicht im Bergarbeiterverband. Anders denkt der Schreiber des Artikels. Er schwärmt für den Industrieverband, wie es die Leitung des Gewerbevereins schon immer tat. Der Artikelschreiber

führt vier Punkte ins Feld, die beweisen sollen, daß die „Bergfremden“ Organisationen, anstatt die Interessen der Tagesarbeiter, folglich auch der Bauarbeiter, zu fördern, sie im Gegenteil nur schädigen würden. Es wird dann die Firma Krupp angeführt. Was will man damit beweisen? Wir haben dort eine starke Sektion Mitglieder, die sich in unserem Verband hinsichtlich ihrer Interessenvertretung recht wohl fühlen. Die Bezeichnung Kruppianer besagt absolut nichts. Die „Bergbauverbände“ wären nicht in der Lage, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder herauszuholen. Aber warum denn nicht? Sie haben, wenigstens soweit unser Verband in Frage kommt, ja eine viel längere Erfahrung im Verhandeln hinter sich, als die Vertreter des Gewerbevereins. Man lasse unseren Vertretern nur den erforderlichen freien Raum bei den Verhandlungen, und sie werden dann sofort den Nachweis erbringen, daß sie die Sache mindestens so gut meistern, wie die Bergarbeiterverbände.

Jeder Beruf hat seine Gesetze und Verordnungen, so auch der Bergbau. Es müßten aber sonderbare Arbeitervertreter sein, die bergbaulichen Bestimmungen nicht in der Weise kennen, um ihre Mitglieder mit Nachdruck vertreten zu können. Aus einem angeführten Beispiel, wo zufällig ein Vertreter des Steinarbeiterverbandes bei einer Beschwerde sich geirrt haben soll, nun heranzuleiten, daß insolge bewiesener Unkenntnis die „Bergbauverbände“ Organisationen als Interessenvertretung auszuweisen müßten, ist doch zu naiv, um ernst genommen zu werden. Gewiß sind alle im Bergbau Beschäftigten auf Gebot und Verbot aufeinander angewiesen; das haben wir noch nie bestritten, aber das schließt doch nicht aus, daß die fachlichen und beruflichen Fragen von den Berufsorganisationen gewahrt werden müssen. Wir würden uns doch wahrhaftig schwer hüten, in solchen Dingen einem Bauer oder Schleppeur herinzureden. Ebenso müssen wir mit aller Entschiedenheit verlangen, daß unsere Kollegen in ihren speziellen Berufsangelegenheiten von uns vertreten werden, da nur unser Verband als berufener Vertreter der Bauarbeiter in Frage kommen kann. Die Bergarbeiterverbände haben bislang, das soll nicht bestritten werden, die Tagesarbeiter bei den Lohnverhandlungen mitgeschleppt. Aber warum wehrt man sich denn bauern, unsere Vertreter mit hinzunehmen? Man sollte uns doch einmal den Nachweis erbringen lassen, daß wir nicht in der Lage wären, für unsere Kollegen bei den Lohnverhandlungen das Mögliche und Notwendige herauszuholen. Aber man wird sich hüten. Man weiß eben ganz genau, daß die Bauarbeiterverbände schon längst vor dem Kriege sich eine gute Erfahrung im Führen von Lohnverhandlungen erworben hatten, zu einer Zeit also, als im Bergbau an solche Dinge noch gar nicht zu denken war. Die baugewerblichen Organisationen haben in der Erklärung von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen stets bahnbrechend gewirkt, das ist schon des öfteren in unserer Bewegung lobend anerkannt worden. Der Einwand, daß Zeit und auch Arbeitergroßchen gespart würden, wenn alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter nur vom Gewerbeverein vertreten würden, ist doch sehr naiv und nur dazu angetan, Mißtrauen unter den Tagesarbeitern zu säen. Schließlich kann auch eine Minderheit auf den Schichtanlagen recht

Deutsche Baulegenden

III

Der Dombau zu Halberstadt

Bischof Hildegard hat beschlossen: Halberstadt, das rasch sich hebt, soll ein Dom von Pracht verzieren, und der Grundstein wird gelegt.

Seiber spricht er bei der Feier, Recht zum Bau Begeisterung heil, „Gecken, die da dürsten, sollen Trinken hier der Wahrheit Quell!“

Salan, der sich ewig mischt Lavernd ein in jedes Fest, hat mit Hohn das Wort vernommen, „Glaub, hier gilt's der Wirtschaftspfeil.“

Und als nun der Bau im Werden, geht zu langsam ihm der Lauf, Drum des Nachts, wenn alle schlafen, schleppt er Steine, manert auf.

Und der Bauherr und der Bischof sind der schnellen Arbeit froh, Aufgeschütt sind lange Hügel, Das gefällt dem Teufel so:

Lange Hügel, viele Menschen, Starke Bier und wider Wein: O das gibt ein lustig Leben, Manche Gecke wird da mein!

Adern Tages aber bringt ein Feiertag den Hochaltar, Mit Aufsehen steht der Salan sich betrogen nun fürwahr.

Boller Bau liegt er zum Horze, Reist dort einen Felsblock los, Mühselig hebt man überm Dome Schwere ihn mit dem Kolof.

Schreden packt die Leute alle, Nur der Bischof sagt sich bald, Hält sein Kreuz empor und ruft: „Salan, weg mit deiner Last!“

Kann hat der das Kreuz erblicket, Brüllt er gepöhl auf und flieht, Wirft den Fels in welchem Bogen Auf den Platz, wo er noch liegt.

Georg Nowotnik.

Perlen deutscher Städte

10. Hamburg

Tanz Deutschland sich nach dem französischen Krieg zu einem Weltstaat und zu einer Welt Handelsmacht emporgearbeitet hatte, schloß man eigentlich nie so recht in der Reichshauptstadt, als vielmehr in Hamburg. Und auch heute noch, da wir in unserer gesamten Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen sind, da wir wieder als europäischer Staat leben sollen, spürt man branten in Hamburg noch den ziemlich kräftigen Pulsschlag der Welt, der uns wieder bessere Zeiten erhoffen läßt. Während sonst überall fast nur Verfall unseres nationalen und wirtschaftlichen Lebens in die Augen fällt, sieht man hier wieder Frühlingssäfte, steht neue Blüten sich entwickeln. Wenn es auch in Hamburg mehr als anderswo regnet und der Himmel besonders oft unfreundlich dreinschaut, — man sagt, der Hamburger wird im Regenschirm und mit Gummischuhen geboren —, so ist Hamburg doch eine Sonne, die heute hoffnungsvoll in das deutsche Volkleben hineinleuchtet.

Der Lokalpatriotismus des Hamburgers erreicht, wenn man mit ihm auf seine Heimatstadt zu sprechen kommt, bei der Erwähnung des Hafens eine ungewöhnliche Höhe. Mit Recht, denn der Binnenländer, der den dortigen Betrieb zum ersten Male sieht, ist starr vor Staunen und Verwunderung. Das gilt auch noch für die heutige, sonst so schlaume und hoffnungsarme Zeit. In Hamburg ist man auch heute mit einem Neß von sochem Stolz Zeitgeber, und mit der Flut, die die gewaltigen Schiffe von der See herinträgt, schwillt unsere Brust in berechtigtem Selbstwußtsein. Werst neben Werst reit die Riesenschiffe gen Himmel, und sie alle umklammern werdende Schiffkörper, die einst wieder hoch und frei als deutsche Zeugen die Meere besahren wer-

den. Segar eine ganz neue Werst, wichtiger als alle andere, die „Deutsche Werst“, ist in den letzten Jahren erst nach dem Schmachfrieden entstanden. „Navigare necesse est“. Seefahrt ist fürs Leben unbedingt notwendig, sticht auch für das moderne deutsche, und hier wird unsere Überflacht wieder stärker. Und Deutschland ist noch Welt Handelsmacht! Man mache nur einmal eine Rundfahrt durch den Hafen, der in den Kriegsjahren wie ausgestorben dalag. Koloss ruht neben Koloss, zusammengedrängt aus aller Herren Ländern: Engländer, Schweden, Spanier, Italiener, Amerikaner, Japaner, Brasilianer usw. „Wer zählt die Völker, kennt die Namen, die gaulich hier zusammenkamen?“ Immer schöner und stolzer ist ein Bau als der andere, aber — Freude schwillt unser Herz! — unsere deutschen Schiffe brauchen sich vor ihnen allen nicht zu verstecken, und gar unsere neue „Deutschland“, die noch im Hafen liegt, übertrifft alle an Herrlichkeit!

Ein zweites Hamburger Wunder, und nicht minder ein Objekt des Staunens für Fremde, ist der großartige Elbtunnel. Gewaltige Fahrstühle führen an beiden Seiten Personen wie Fuhwerke schnell in die Tiefe, wo das Auge den endlosen, hell erleuchteten Doppelgang nicht bis zum Ausgang verfolgen kann. Der Tunnel ist mit hellen Mäusen ausgelegt und mit Hunderten sehr hübschen Steinbildchen verziert. Das eine steht fest: man könnte, wenn wir heute noch Weltwunder aufzählten, ihn unter diese rechnen.

Wer Hamburg einigermaßen kennenlernen will, muß dort mehrere Tage verweilen. Dann wird er staunen über die beiden „Mitter“ mit ihren schönen Anlagen, die als große Seen sich mitten in der Stadt, wie anderswo ein Marktplatz ausdehnen, reich von Ruder-, Segel- und Motorbooten belebt, würdig der deutschen Seckönigin ein Marktplatz und eine Bier zu sein. Herrlich ist auch der Bau des Rathauses unmittelbar an der „Kleinen Mitter“, würdig ist der Schmuck der alten Kirchen, interessant die winkligen Teile der Altstadt. Eine neuere Sehenswürdigkeit ersten Ranges ist der Ohlenborfer Friedhof, wo die Toten in einem echten freien Heine in Blumenanlagen und unter üppigen Baumgruppen ruhen.

Auch der flüchtige Reisende wird sich nicht von Hamburg trennen, ohne das ganz hervorragende Wismarckenmal bestaunt zu haben, wohl das stillste und gewaltigste unseres Vaterlandes. Es ist, als wäre es noch vor letztem Kaufmann aus dem nahen „Sachsenwald“ getroffen. Frei und stolz reißt es sich in grauem Stein wie ein Koloss inmitten grüner, lebendiger Anlagen empor. Deutschlands und Hamburgs Urbild, wie es einst wieder erstehen wird! Georg Nowotnik.

legenreich für ihre Mitglieder sorgen, wenn man ihr nur die Möglichkeit dazu gibt. Warum müssen die Berufsverbände bei Betriebsratwahlen fast immer eigene Listen aufstellen? Eben darum, weil man ihnen keine Vertretung zuerkennen will. Der Gewerkschaft sollte endlich seinen Brüdern den Licht, Luft und Sonnenlicht gewähren, mehr wollen sie nicht. Aber für dieses Recht auf Existenz werden sie auch kämpfen. Eine Umwandlung der bisherigen Organisationsform kann übrigens nur die Gesamtbewegung bewirken, nicht kann sie ein einzelner Verband gewaltig herbeiführen.

Wir sagen deshalb zum Schluss: Hände weg von unseren Kollegen auf den Beinen, denn sie gehören in ihren Berufsverband und sie bedanken sich für die „Segnungen“ des Industrieverbandes. Strebe jede Organisation in ihrem Beruf nach Stärkung und Ausdehnung, mehr wollen wir ja auch nicht, und Ruhe und Zufriedenheit wird in die Reihen der Arbeiterschaft einkehren. Damit dienen wir nicht allein den einzelnen Berufen und ihren Interessen, sondern der ganzen Volkswirtschaft.

-ig.

Allgemeine Rundschau

Bedeutung Entschlüsse des Reichswirtschaftsrates zur Währungsfrage

Bereits im Anschluß an den heutigen Leitartikel ist von einer hochbedeutenden einstimmigen Entscheidung des Reichswirtschaftsrates zur Frage der wertbeständigen Löhne die Rede. In der gleichen Entscheidung, die einstimmig gefaßt wurde, wurden folgende Vorschläge hinsichtlich der deutschen Währungs- und Finanzpolitik gemacht:

„Die Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen infolge des Währungsverfalls und der Preissteigerung ist ein zwingendes Gebot unserer gesamten inneren und äußeren Politik. Dazu bedarf es eines Systems inelastischer innerer und äußerer Politik. Dazu bedarf es eines Systems inelastischer innerer und äußerer Politik. Dazu bedarf es eines Systems inelastischer innerer und äußerer Politik. Dazu bedarf es eines Systems inelastischer innerer und äußerer Politik.“

Die Besserung der Reichsfinanzen muß am Beginn jeder Sanierungsarbeit stehen. Dies erfordert:

1. die bestehenden Steuern wirksam zu machen durch Vorausschlüsse auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer unter möglichst voller Anpassung an die Geldbewertung, Vorforderung der veranlagten Steuern für den Stichtag und Erhöhung der zu leistenden Papiermarktbeträge je nach dem Maß der Geldbewertung zwischen Stichtag und Zahlungstag, Vorforderung der Steuerstände, schnelle Einziehung aller übrigen Steuern, möglichst prozentuale Bemessung zum Verkaufspreis bei den indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben; Kredite und Einzahlungen sind vom Reich und den Betriebsverwaltungen nur wertbeständig, in der Regel auf Goldbasis und gegen Geldzins, zu gewähren, regelmäßige kurzfristige Anpassung der Tarife von Eisenbahn und Post an die Geldbewertung, ebenso der Gebühren- und Stempelsteuern, Reform der Veranlagung der Einkommen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer unter Zugrundelegung des wirklichen Wertes und des tatsächlichen Einkommens; der Übergang zur Goldrechnung im Steuerwesen macht eine Überprüfung der Steuerbefreiungen, insbesondere der Tarifsätze, notwendig. Die Ausschüsse empfehlen die sorgfältige Anwendung der vorstehenden Richtlinien auf die Haushaltsabgrenzung der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden.

2. Finanzierung des Ruhrkampfes durch Zuschläge auf bestehende Steuern, sowie Ausgabe einer langfristigen Reichsgoldanleihe gegen Zahlung von Papiermark.

Reichsbankpolitik. Übergang von Papiermarktkreditgewährung zum Goldkredit; Diskontierung von Goldwechseln gegen Goldzins; Zulassung von Goldkonten; Annahme von Devisendepotiten; Fortführung der Stillungsaktion, insbesondere durch Bereitstellung eines ausreichenden Devisenfonds, zu dessen Bildung die Devisenbestände der privaten Wirtschaft gegen Goldkäufanweisung der Reichsbank heranzuziehen sind; Übernahme der Garantie für die Verzinsung einer langfristigen wertbeständigen Anleihe.

Goldrechnung und wertbeständige Obligationen. Die Ausdehnung der Goldrechnung in der privaten Wirtschaft läßt sich nicht hindern, solange die Inflation fortgesetzt. Sie macht es aber notwendig, daß das Reich, Länder und Gemeinden sowie die Reichsbank ebenfalls zur Goldrechnung übergehen, um das Ziel der Balancierung des Etats und der Stabilität der Währung erreichen zu können. Die Ausschüsse sind im Prinzip einverstanden mit der notwendigen gesetzlichen Umänderung, die die Einführung wertbeständiger Hypotheken und Obligationen ermöglicht. Die Wertbeständigkeit wird aber gefährdet, wenn die Hypotheken und Obligationen auf Basis bestimmter Warenpreise gestellt sind. Die Ausschüsse empfehlen deshalb künstlich wertbeständige Schuldverschreibungen, die nicht auf Goldmark lauten, nur für eine Übergangszeit zuzulassen. Die Ausschüsse empfehlen, den Sparkassen die Annahme wertbeständiger Anlagen zu empfehlen.

Weniger privatwirtschaftliches, mehr volkswirtschaftliches Denken und Handeln!

Im „Berl. Tagebl.“ befaßt sich dessen Handelsredakteur Dr. Felix Pinner kritisch mit dem Ergebnis der Verhandlungen im Untersuchungsaußenrat über den Zusammenbruch der Marktzugangsaktion. Dieser typische Vertreter privatwirtschaftlicher Denkweise kommt dabei zu folgenden äußerst bemerkenswerten Feststellungen:

... der Reichsbankpräsident, der unter dem Eindruck des Scheiterns der Stillungsaktion so kräftige und energiegeladene Worte gegen die unberechtigten Devisenkäufe und gegen die übermäßige Kreditanspruchnahme der Reichsbank durch dieselben Wirtschaftskreise gerichtet hatte, war vor dem Untersuchungsaußenrat gezwungen, alle diese Dinge viel milder anzusehen, sie zu erklären und zu entschuldigen. Diese Tendenz der Entschuldigung ging bei anderen Rednern im Ausschuss so weit, daß sie geradezu zur Tendenz der Beschönigung wurde. Aber an dieser Art der psychologischen Erkenntnis der Vorgänge und des psychologischen Verständnisses für die privatwirtschaftlichen Kreise, die unter

Am 21. Juli 1923 ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

dem Druck der ungelösten Reparationsspannung ihren Selbsthaltungstrieb, ihren privatwirtschaftlichen Substanzgedanken dem Staatsgedanken unbedenklich voranstellen, haben wir seit Jahren in Deutschland genug und übergenug gehabt. Wir wissen alle, daß der Druck des Friedensvertrages auf unserem ganzen wirtschaftlichen Leben wie ein furchtbarer Alp lastet, daß die Ueberzeugung von seiner Unerfüllbarkeit in weiten Kreisen die Magazine ausfüllt, den überlasteten Staat, dem ja doch nicht zu helfen sei, sich selbst zu überlassen und alle Kraft auf die Erhaltung der eigenen Wirtschaftssubstanz zu konzentrieren. Was das ist psychologisch verständlich, aber wenn wir uns mit diesem psychologischen Verstehen begnügen, wenn wir es aufgeben, den destruktiven Tendenzen, die uns mit so großer Wucht niederdrücken, Widerstand zu leisten, wenn wir es fatalistisch mitansehen — und auch das nur rein psychologisch werden —, daß von manchen Seiten aus dem nationalen Druck und Unglück mit beständiger Betriebsamkeit eine gute Spekulations- und Geschäftskonjunktur gemacht wird, so werden wir nie aus der jetzigen Lage heraus kommen können. Was wir nötig haben, sind wahre Fanatiker des Staats- und des Volkswirtschaftsdenkens, und zwar Fanatiker nicht des Wortes, sondern der Tat. Heute haben wir nur Tatfanatiker des privatwirtschaftlichen Substanzhaltungsgedankens, Fanatiker der vertikalen Vererbung, Fanatiker des Achtstundentages und anderes mehr.“

Die Fackel von den „Fanatikern“ des Achtstundentages brauchen wir uns nicht anzuziehen, und sie paßt wohl der Gesamtheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht; denn deren verantwortliche Leitungen haben immer zu erkennen gegeben, daß sie sich volkswirtschaftlich wirklich notwendiger Mehrarbeit nicht verschließen werden, und tatsächlich ist solche bisher schon in erheblichem Umfang geleistet worden. Im übrigen haben wir den Gedanken Dr. Pinner's nichts hinzuzusetzen.

Nicht bloß soziale Zuständereform

kann die Menschen wirtschaftlich wieder vorwärtsbringen und glücklicher machen, sondern mit dieser muß einhergehen eine innere Umstellung der Menschen selbst im Sinne größerer Opferbereitschaft und Hingabe an die Volksgemeinschaft. Das ist der kurze Inhalt einer Betrachtung von W. Koch über Volkswirtschaft und Jungsozialismus in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1923, 3.). Er schreibt:

„Es ist doch heute nicht anders als zur Zeit Steins und Pichtes, wo in dem zusammengebrochenen Staat die Führer immer wieder auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Genügnung der Menschen von Grund aus umgewandelt werde. Denn, so meinte man damals, erst eine gänzlich veränderte Nationalgesinnung könne die Kräfte wachrufen, die zur Wiederaufrichtung des Staates nötig seien. Und forderte nicht Pichte in seinem Neben an die deutsche Nation stets von neuem, daß die Erziehung auf die Selbsttätigkeit des Menschen, die Opferfreudigkeit des einzelnen eingestellt sein müsse, sagt er nicht, daß schließlich Pestalozzi nur der starke Mann sein könne, der das Volk aus dem Elend herausführen werde. Und heute? Die alte Staatsordnung ist zusammengebrochen. Sowie von Wiederaufbau geredet wird, so wenig geschieht an wirklich durchgreifender, wiederaufbauender Tat. Kann dieser Wiederaufbau, der in Wahrheit ein Neuaufbau ist, doch auch nicht von obenherab befohlen, kann er doch nur von unten her, von dem verantwortungsbewußten Teil des Volkes selbst vollzogen werden. Auch nach dem Novemberumsturz glaubte man bei uns gar zu sehr an die Macht rein organisatorischer-bureaucratischer Regierungen in der Erziehung. Reichsschulkonferenzen und Programmversammlungen hatten wir genug. Doch Wandlung der Wirklichkeit kam nicht. Dazu bedarf es eben nicht so sehr einer Umstellung der Kräfte als einer Erneuerung der Menschen.“

Besser, als es hier von einem Sozialisten geschieht, kann man die innere Schwäche und die Hohlheit des marxistischen Sozialismus und sein darauf sich gründendes Verlangen in der Revolutionszeit kaum darlegen. Daran dürfte es auch, in Fortwirkung der alten, auf Agitation und Massenwirkung gerichteten Tradition des Sozialismus, noch auf lange Zeit nichts ändern. Um so mehr hat die christliche Arbeiterschaft die Pflicht, die geistige Erneuerung unseres Volkes als ihre besondere Mission zu erkennen und dafür zu kämpfen und Opfer zu bringen.

Ein neues Wirtschaftsunternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der „Deutsche“ berichtet: Einer neuen Transportversicherungs-Gesellschaft haben sich die verbündeten Deutsche Volksversicherung A.-G. und Deutsche Feuerversicherung A.-G. durch die am 10. d. M. vollzogene Gründung der „Aktiengesellschaft für Transport- und Rückversicherung“ mit dem Sitz in Berlin angegliedert. Das Aktienkapital in Höhe von 600 Millionen Mark mit voller Einzahlung ist aus den den alten Gesellschaften nahestehenden Kreisen gezeichnet und zugleich eines die Gründungskosten bedeckenden Aufschlages bar eingezahlt. Den Aufsichtsrat bilden vorläufig die Herren Ministerpräsident a. D. Stegerwald, Vorsitzender, Sek. Regierungsrat J. Paderber-Robbinghoff, Stellvertreter, Vorsitzender, Postminister a. D. Giesberts, Reichstagsabgeordneter Tremmel und Verbandsvorsitzender Gutjahr, alle in Berlin. Zum Vorstand bestellt sind die

Direktoren der Deutschen Volksversicherung und Deutschen Feuerversicherung, Regierungsrat Dr. Bittke und Direktor Joseph Becker. Die technische Leitung der Transportversicherung wird in die Hand eines Transportversicherungsfachmannes gelegt. Im übrigen werden die Gesellschaften durch weitgehende Gemeinschaft der Zentral- und Außenverwaltung verbunden sein.

Die für die Vermögensverwaltung der Deutschen Volksversicherung A.-G. und Deutschen Feuerversicherung A.-G. unter der Firma „Deutsche Finanz- und Lombardgesellschaft m. b. H.“ bestehende selbstständige Vermögensverwaltungsstelle wird ihre Tätigkeit auf die neue Transportversicherung ausdehnen. Ihr Stammkapital ist gleichzeitig auf 100 Millionen Mark erhöht worden.

Aus dem Verbandsleben

Merkebach. Am Sonntag, den 8. Juli, hatten wir hier eine Versammlung unserer christlich organisierten Kollegen zwecks Gründung einer Zählstelle einberufen. Zu derselben war unser bewährter Kollege Weßler aus Siegen erschienen. Nach seinem kurzen erläuterten Vortrage über Zweck und Ziele einer strengen Organisation wurde von fast sämtlichen anwesenden Kollegen des hiesigen Ortes beschlossen, hier eine Zählstelle zu gründen. Bei der Vorstandswahl wurden einstimmig gewählt die Kollegen Wilh. Ecker als Vorsitzender, Jos. Holzmann als Kassierer und Anton Frisch als Schriftführer. Die Kollegen nahmen die Wahl an und versprochen, ihre ganze Kraft für die neugegründete Ortsgruppe innerhalb unseres treuen bewährten Verbandes christlicher Bauhandwerker einzusetzen. Auch traten zum Schluß der Versammlung noch eine Anzahl Kollegen, die bisher dem Deutschen Bauarbeiterverbande angehörten, in unsere Reihen über, so daß wir jetzt im hiesigen Orte nur noch christlich organisierte Bauhandwerker haben. Möge nun die neugegründete Zählstelle blühen und gedeihen!

Joseph Heidenblut †

Heiligenstadt (Eichsfeld). Kaum 58 Jahre alt, starb am 2. Juli unser langjähriger 1. Kassierer und Mitbegründer der Verwaltungsstelle Heiligenstadt. Was der Verband an ihm verloren hat, kann nur der ermessen, der die Geschichte unseres Verbandes in Heiligenstadt mit erlebt hat. Mehr wie einhalb Jahrzehnt war er unser Kassierer, er war überhaupt der Mittelpunkt unserer ganzen Bewegung im Kreise Heiligenstadt, wenigstens solange die einzelnen Berufsverbände noch keine besoldeten Angestellten auf dem Eichsfelde hatten. In der Zeit, wo der Kampf der Fachabteilungen gegen unsere Bewegung auch auf dem sächsischen Eichsfelde geführt wurde, und es schien, als ob die einheimischen Arbeiter davon erfaßt würden, war es Jos. Heidenblut, der mit einer statischen Hand Bauhandwerker treu zum Verbands hielt. In den Revolutionswirren, wo auch in Heiligenstadt alles ins entgegengesetzte Extrem zu fallen drohte, war es wieder Jos. Heidenblut, der unsere Sache in allen Berufen förderte und die Befonnenen sammelte. Wenn unsere Gesamtbewegung in Heiligenstadt und Umgebung heute eine gute unergründliche Stellung einnimmt, so ist dieses in erster Linie ein Verdienst Jos. Heidenblut's mit. — Noch kürzlich hat ihn das Schicksal hart getroffen, denn einige Wochen vor seinem Tode verlor er einen Sohn, der den ganzen Weltkrieg von Anfang bis Ende mit durchgemacht hatte. — Jetzt stehen wir nun an der Bahre des treuen Toten und trauern mit den Angehörigen um den schweren Verlust. Unser Beileid gilt auch der ganzen Familie insbesondere aber der Frau, die ihm auch bei den gewerkschaftlichen Arbeiten eine treue Gehilfin war, fast alle schriftlichen Arbeiten erledigte und manchen Weg für unsere Sache machte.

Möge Jos. Heidenblut als Lohn für seine Treue und Opferfreude, die er an den Tag setzte, den ewigen Lohn erhalten. Die Heiligenstädter Kollegen aber mögen sein Andenken dadurch ehren, daß sie seine Arbeit in seinem Geiste fortführen und die Lücke, die uns der Tod gerissen, ausfüllen. Darum, insbesondere ihr Jungen, vor die Front, stellt euch in den Dienst der Verbandsarbeit, damit auch in Heiligenstadt des Dichters Wort Wahrheit werde, der da spricht: „So müde Fehler hinführen im harten Strauß, es kommen neue Gesichter und sechten ihn ehlich aus.“

Bau-Rundschau

Ueber die Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit in Preußen

äußert sich in der „Berliner Börsenzeitung“ der Landtagsabgeordnete Dr. Hüpler-Nhoff wie folgt:

Folgende Mittel stehen für die Zustandwirtschaft zur Verfügung:

- 32 Milliarden, welche Preußen aus der Wohnungsbauabgabe (1500 Prozent) gewinnt.
- 32 Milliarden, welche die Gemeinden aus der Wohnungsbauabgabe gewinnen, wenn sie den gleichen Hundertsatz erheben.
- 100 Milliarden aus Reichsmitteln zur Fertigstellung der Bauten aus dem Jahre 1922.
- 80 Milliarden aus Reichsmitteln für Decantierwohnungen.
- 200 Milliarden aus Reichsmitteln für Neubauten des Jahres 1923.
- 50 Milliarden aus Reichsmitteln für Zwischkredite.

Die preussische Regierung plant eine Erhöhung der Wohnungsbauabgabe noch für das laufende Jahr und hat dem Staatsrat bereits eine Vorlage gemacht, durch die die Abgabe von 1500 auf 4500 Prozent erhöht werden soll. Die Gemeinden gehen schon heute über den Satz von 1500 Prozent weit hinaus.

Die Baukostenzuschüsse, die aus allen diesen Mitteln gegeben werden, sollen nur zur Deckung der unrentierlichen Baukosten dienen. Die rentierlichen Bau-

Kosten müssen durch Mittel der Bauherren und Hypotheken der Sparbanken, Versicherungsanstalten und der Landespfandbriefanstalt gedeckt werden. Der preussische Landtag hat der Landespfandbriefanstalt für Zwischenscheine, die auf den Rentenpfandbrief gewährt werden, sieben noch 3 Milliarden zur Verfügung gestellt.

Die Baukostenzuschüsse werden nach wie vor in der Form unverzinslicher Beihilfen bewilligt, die durch sog. Verpfändungshypotheken gesichert sind. Die Höhe der Zuschüsse soll in der Regel 70 Quadratmeter betragen und als Zuschuß des Staates das 90fache des ursprünglichen Einheitspreises von 180 M für 1 Quadratmeter gewährt werden, also für die Wohnung rund 11 Millionen. Das Gemeindefiskus soll in der Regel zum mindesten ebenso hoch sein, so daß für eine Wohnung 22 Millionen Zuschuß zur Verfügung stehen.

Auch diese Zuschüsse reichen bei weiterer Entwertung nicht mehr aus. Die Gemeinden, die höhere Zuschüsse als 500 Prozent erhalten, werden ihre Beihilfen erhöhen müssen, und der Staat wird daselbst tun, sobald die erhöhte Wohnungsbauabgabe durchgesetzt ist. Im vorigen Jahre sind in Preußen noch 70 000 Wohnungen gebaut, es wird kaum gelingen, diese Zahl im laufenden Jahre zu erreichen. Aber wir müssen unter allen Umständen so viel als möglich bauen, um der Wohnungsnot zu steuern und Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu verhindern.

Behördliche Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

Reichsarbeitsminister und Reichsminister der Finanzen haben gemeinsam einen Erlaß herausgegeben, der geeignet erscheint, die Wohnungsnot etwas abzumildern. Es wird als wünschenswert anerkannt, daß die Landesfinanzämter sich an dem Verfahren zur Beschaffung von Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches beteiligen dürfen. Die Reichsämter der Landesfinanzämter werden mit dem Verfahren zur Beschaffung solcher Wohnungen, außer für Post, Eisenbahn, Meer und Marine, beauftragt. Dieselben Stellen sollen außerdem ihre besonderen Augen auf das richten, daß mit den zur Verfügung gestellten Mitteln eine möglichst große Zahl von Wohnungen hergestellt wird. In erster Linie soll die Errichtung von Zuschußwohnungen angestrebt werden, aber auch reichsweiser Wohnungsbau, und das ist das Neue in der Verfügung, sollen errichtet werden. Die Oberaufsicht in Wohnungsfürsorgeangelegenheiten liegt beim Reichsarbeitsminister. Die Landesfinanzämter sind in dieser Beziehung dem Reichsarbeitsminister unmittelbar unterstellt. Es wird davon eine Beschleunigung des gesamten Verfahrens erwartet; außerdem soll die bisherige Verwaltung bei der Wohnungsbeschaffung verbessert werden. Für das Verfahren sind besondere Richtlinien aufgestellt worden, die in der Hauptsache lauten:

1. Die Präsidenten haben sich fortwährend hinterlegen für die Bedarfsermittlung und werden zum 1. September und 1. März jedes Jahres regelmäßig den voranschläglichen Wohnungsbedarf beim Reichsarbeitsminister an.

2. Auf Grund der Bedarfsermittlung werden im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung entsprechende Mittel eingesetzt und diese dem Reichsarbeitsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister an die Präsidenten der Landesfinanzämter im Wege sogenannter Auftragsüberweisungen zufließen.

3. Die Landesfinanzämter stellen auf Grund des Bedarfs und der zur Verfügung gestellten Mittel unter Einwirkung der übrigen für die Wohnungsbeschaffung in Betracht kommenden Behörden ihr eigenes Bauprogramm auf. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet das Reichsarbeitsministerium.

4. Die Verhandlungen mit den Gemeinden und sonstigen örtlichen Stellen liegt in der Hand der zuständigen Landesbehörden (Bezirkswohnungsausschüsse), da diese wegen ihrer Befähigung mit den Fragen der eigentümlichen Wohnungspolitik u. a. auch Einseitigkeit vermeiden können.

5. Die Landesfinanzämter legen im Einvernehmen mit den Landesbehörden die Höhe der Arbeitszuschüsse, die das Reich zu gewähren hat, fest. In der Regel sollen diese Zuschüsse nicht höher sein als diejenigen, welche die Reichsbehörden und andere Reichsbehörden bewilligen. Es wird angenommen, daß die genannten Zuschüsse bei größter Bekämpfung und unmittelbar an den Träger des Bauwerts zu gehen haben.

Die oben erwähnte, ist das wesentlich Neue an der Verfügung, daß in dem Falle, wo die Möglichkeiten zur Förderung des Baues von Wohnungen mit Arbeitgeberzuschüssen in den betreffenden Orten erschöpft sind, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln reichsweiser Wohnungsbau errichtet werden. Für reichseigene Wohnungen soll in der Regel nicht mehr als ein Drittel der angelegten Mittel angewandt werden. Die reichseigenen Wohnungsbauten sollen wie die übrigen Wohnungsbauten der Reichsverwaltung verwaltet werden mit der Maßgabe, daß die so gewonnenen Wohnungen entsprechend den für die Zuschußwohnungen gegebenen Bestimmungen auf die Bewohnen sämtlicher Reichsteile zu verteilen sind. Baunehmen und Verwaltung liegen der Reichsfinanzverwaltung ob.

Auch ein Weg zur Beseitigung der Wohnungsnot

Wir lesen in einem Zeitungsbericht über eine Stadtbedarfsprüfung in Hefelonne (Kr. Meppen) folgendes: **Frank 10.** Soll schließlich in diesem Jahre gebaut werden? Der Frage laßt sich näher gehen, wenn man sich fragt, wie sich die Mauer zur Wohnung stellen. **Beisammenkunft** beschließt, den Maurern als Lohnsatz 10 Pct unter Tarif vorzuschlagen.

Wichtig ist der Herr Bürgermeister sowie das Stadtbedarfsprüfungsausschuss der Stadt Hefelonne der Meinung, daß die Wohnungsbau in Hefelonne sich auf Kosten der Bauarbeiter am leichtesten bewerkstelligen läßt. Oder darf aus dem obigen Bericht gefolgert werden, daß der Herr Bürgermeister Frank sowie die Herren Stadtbedarfsprüfungsausschuss auch der Meinung sind, daß der Lohnsatz zur Beseitigung der Wohnungsnot in Hefelonne dem Stadtpfand zur Verfügung zu geben?

Schaffung von wertbeständigen Hypotheken

Der Reichsrat nahm eine Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken an, in der außer dem im Gesetz genannten Wertmesser weiter eine Zuckertafel und drei weiteren Wertmesser zugelassen werden. Festgesetzt wird, daß für die Wertbemessung von Roggen und Weizen im allgemeinen die amtlichen Preisen gelten sollen. Die Kohle und Kali die vom Reichskohlenverband und vom Reichsalzrat im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister bestimmten Preise und für Feingold die Notierungen der Bank von England.

Diese Lösung des lang umstrittenen Problems bedeutet sicherlich eine Erleichterung der Finanzierung der Neubautätigkeit und ist infolgedessen lebhaft zu begrüßen.

Die vorjährige Wohnungsbautätigkeit in Köln

Ueber die Wohnungsbautätigkeit des Jahres 1922 in der Stadt Köln wird berichtet:

Träger der Bautätigkeit waren in der Hauptsache die gemeinnützigen Baugenossenschaften, von denen 1573 Wohnungen in 1248 neuen Gebäuden beschafft wurden, das sind zwei Drittel der gesamten neuen Wohnungen. Die private Bautätigkeit ist wieder stark zurückgegangen. Sie stellte nur 339 (1921 495) Wohnungen her, davon wurden von Bauunternehmern nur 98 (321) Wohnungen gebaut, während bei den Fabrikanten, Erwerbsgesellschaften und Kaufleuten eine kleine Zunahme festzustellen ist. Der Wohnungsbau war auch im vergangenen Jahre vornehmlich von öffentlichen Zuschüssen abhängig. Das Bauprogramm konnte 1922 nur zur Hälfte ausgeführt werden.

Beschleunigte Vergebung öffentlicher Bauaufträge

Aus einer kürzlich ergangenen Verfügung des Preussischen Ministers des Innern teilt der „Amtliche Preussische PresseDienst“ mit:

Mit Rücksicht auf die mehr und mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe infolge der augenblicklichen Verhältnisse auf dem privaten Baunummermarkt hat der Finanzminister zugestimmt, daß die für das Rechnungsjahr 1923 in Aussicht genommenen Mittel für neue Bauten und laufende Baunterhaltung, sobald sie vom Hauptausbruch des Sanitätswesens endgültig bewilligt sind, als Vorgriff auf die Anlage des Haushaltsplans verausgabt werden können. Der Minister ersucht, auch die unterstellten Selbstverwaltungskörperschaften einzutwickeln, daß sie möglichst bald die von ihnen geplanten Bauarbeiten, insbesondere die notwendigen Sanierungsarbeiten vergeben.

Hochkonjunktur auf dem amerikanischen Baunummermarkt

Ueber die Lage des Baunummermarktes in Nordamerika wird folgendes berichtet: Nordamerika hat Hochkonjunktur. Die Industrie hat im März Rekordhöhen erreicht, die in keinem Monat der Vorjahre auch nur annähernd zu verzeichnen waren. Der Auftragsbestand ist so groß wie in keinem der Vormonate und übertrifft die Menge der umerledigten Aufträge in den ersten Monaten des Jahres 1922 fast um 100 Prozent. Es liegen Anzeichen vor, daß diese Hochkonjunktur nicht sobald zum Abbruch kommen wird. Die sehr günstige Aufden Indusriefabrikation ist nämlich vorzugsweise auf den vermehrten Inlandsbedarf zurückzuführen. Die Bautätigkeit bringt vielen Industrien vorzeitig neue Aufträge ein, und die äußerst rege Investitionstätigkeit schafft für viele Betriebszweige der Industrie immer wieder neue Arbeitsgelegenheit. Im allgemeinen scheint die jetzige Hochkonjunktur in der nordamerikanischen Union ihren Hauptgrund darin zu haben, daß jetzt alle Bestellungen getätigt werden, die während des Jahres unterblieben waren. In erster Linie erfordern diese Aufträge Baumaterial für diverse private und öffentliche Bauten, sowie Eisen, Maschinen u. dgl. — In der Tat haben die Amerikaner heute gut bauen, denn an dem dazu notwendigen Kleingeld fehlt es ihnen ja nicht, und wird es wohl auch vorläufig nicht fehlen.

Abbruch der chinesischen Mauer?

Durch die Presse geht die Nachricht, daß die berühmte chinesische Mauer jetzt abgerissen werden soll. Die dadurch gewonnenen Ziegelsteine sollen zum Bau von Wohnhäusern verwendet werden. Die das Chinesische Reich umschließende Mauer soll etwa 200 Jahre vor Christi Geburt erbaut worden sein, ihre Länge wird auf etwa 3000 Kilometer geschätzt, im Süden hat sie eine Stärke von ungefähr 7 Meter und über von etwa 5 Meter, während ihre Höhe durchschnittlich 8 Meter beträgt. In gewissen Abständen war sie durch 2000 Wachtürme besetzt. In ihrer Ausführung sollen nur etwa 15 Jahre nötig gewesen sein und ihr vollständiger Abbruch wird wohl noch mehr Jahre dauern. Denn es würde sich dabei um die Mauermaße von etwa 150 Millionen Kubikmeter Baustoffen handeln, eine Menge, die zur Errichtung von mehreren Millionen Wohnhäusern ausreichen würde.

„Der Deutsche“

Die Tageszeitung unserer Bewegung, muß von jedem überzeugten Gewerkschafter gelesen werden! Bestellung beim Briefträger. Einzahlung der Quittung bis zum 15. jeden Monats an die Zentrale!

Der Posttarif ab 1. August

Ausschneiden, aufbewahren, genau beachten! Die wesentlichen Änderungen, die vom 1. August 1923 an im Post-, Postschiff-, Telegraphen- und Fernsprechtariff innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 200 M.; im Fernverkehr 400 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 400 M., über 20 bis 100 g 600 M., über 100 bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M.; im Fernverkehr bis 20 g 1000 M., über 20 bis 100 g 1200 M., über 100 bis 250 g 1500 M., über 250 bis 500 g 1800 M.

Drucksachen bis 25 g 200 M., über 25 bis 50 g 400 M., über 50 bis 100 g 600 M., über 100 bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1250 M., über 500 g bis 1 kg 1500 M., über 1 bis 2 kg (nur für einzeln verpackte, ungeteilte Druckbände) 1800 M.

Warenproben bis 100 g 600 M., über 100 bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M.

Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Minibriefsendungen, Geschäftspapiere und Warenproben) bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M., über 500 g bis 1 kg 1500 M.

Päckchen bis 1 kg 2000 M.

Paket	1. Zone (bis 75 km)			2. Zone (üb. 75-375 km)			3. Zone (üb. 375 km)		
	bis 3 kg	3 bis 5 "	5 bis 10 "	bis 3 kg	3 bis 5 "	5 bis 10 "	bis 3 kg	3 bis 5 "	5 bis 10 "
über 3 "	2400 M.	3600 "	4800 "	4800 M.	7200 "	9600 "	4800 M.	7200 "	9600 "
über 5 "	3600 "	4800 "	6000 "	7200 "	9600 "	12000 "	12000 "	16000 "	20000 "
über 6 "	4200 "	5400 "	6600 "	8400 "	10800 "	13200 "	13200 "	17600 "	22000 "
über 7 "	4800 "	6000 "	7200 "	9600 "	12000 "	14400 "	14400 "	19200 "	24000 "
über 8 "	5400 "	6600 "	7800 "	10800 "	13200 "	15600 "	15600 "	20800 "	26400 "
über 9 "	6000 "	7200 "	8400 "	11200 "	13600 "	16000 "	16000 "	21600 "	27200 "
über 19 "	15600 "	19200 "	22800 "	31200 "	38400 "	45600 "	31200 "	38400 "	45600 "

Geschäftspapiere bis 250 g 1000 M., über 250 g bis 500 g 1200 M., über 500 g bis 1 kg 1500 M.

Zeitungspakete bis 5 kg 1. Zone 1800 M., 2. Zone 3600 M., 3. Zone 5400 M.

Postanweisungen bis 10 000 M. = 900 M., über 10 000 bis 50 000 M. = 1000 M., über 50 000 bis 100 000 M. = 1200 M., über 100 000 bis 200 000 M. = 1400 M., über 200 000 bis 300 000 M. = 1600 M., über 300 000 bis 400 000 M. = 1800 M., über 400 000 bis 500 000 M. = 2000 M., über 500 000 bis 750 000 M. = 2400 M., über 750 000 bis 1 000 000 M. = 2800 M.

Postschiffgebühren. Zahlkarten bis 10 000 M. = 200 M., über 10 000 bis 50 000 M. = 250 M., über 50 000 bis 100 000 M. = 300 M., über 100 000 bis 200 000 M. = 400 M., über 200 000 bis 300 000 M. = 500 M., über 300 000 bis 400 000 M. = 600 M., über 400 000 bis 500 000 M. = 750 M. Im übrigen bleiben die alten Gebühren bestehen. Für bargeldlos begleitete Zahlkarten wird dieselbe Gebühr erhoben, im Höchstfalle jedoch für eine Zahlkarte eine Gebühr von 100 M.

Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr: Grundgebühr 1600 M., Vorkaufgebühr 800 M.; im Ortsverkehr Grundgebühr 800 M., Vorkaufgebühr 400 M. Presse-Telegramme Grundgebühr 800 M., Vorkaufgebühr 400 M.

Fernsprechgebühren. Zu dem jetzigen Leertarifzuschlag von 14 900 Prozent kommt noch ein Leertarifzuschlag von 49 900 Prozent.

Anstalts-Postgebühren. Briefe bis 20 g 6000 M., für jede weiteren 20 g je 1500 M. Postkarten 1800 M.

Drucksachen für je 50 g 600 M. Minibriefsendungen für je 50 g 300 M. Geschäftspapiere für je 50 g 600 M., mindestens 3000 M. Die Einschreibgebühr beträgt 1000 M.

Bekanntmachungen

Benken-Oberschlesien

Von jetzt ab findet am Donnerstag jeder Woche im Gewerkschaftshaus Friedrich-Wilhelm-Ring 7, in der Zeit von 7-8 Uhr abends, eine Sprechstunde statt. Die Kollegen werden gebeten, sich bei Differenzen mit ihren Arbeitgebern in der genannten Zeit an die rechtschwerer teilenden Kollegen Reiffers und Matula zu wenden. Die Bezirksleitung J. S.: Heibich.

Diebstahl eines Mitgliedsbuches

Das Mitgliedsbuch Nr. 173 795, ausgestellt für den Kollegen Heinrich Stolte, ist durch Diebstahl abhandeln gekommen. Zweckdienliche Angaben sind an den Kassierer der Verwaltungsstelle Bad Driburg, Joseph Wiegand, daselbst, Lange Straße 9, zu richten.

Sterbetafel.

Am 16. Juni starb infolge Schlaganfalles unser lieber Kollege, der Hilfsarbeiter Wilhelm Schönges aus Doberlen.

Ortsgruppe Sifarth-Hütelshoven.

Am 2. Juli starb unser langjähriges Mitglied, Mitbegründer der Verwaltungsstelle Heiligenstadt, der Verwaltungsstellentaffierer Josef Heidenblut, im Alter von 57 Jahren an Magenkrebs.

Verwaltungsstelle Heiligenstadt.

Am 1. Juli starb unser treuer Kollege Jakob Pörsch aus Niedergandershäuser im jugendlichen Alter von 20 Jahren.

Ortsgruppe Obergandershäuser (Gumrück).

Ehre ihrem Andenken!